

Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung

Keine Kürzung der pauschalen Förderung der Schwangerschaftskonfliktberatung

Antrag der Fraktion Kasseler Linke

- 101.17.140 -

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Axel Selbert

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Landesregierung Hessen auf, vom Gesetz zur Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Schwangerschaftskonfliktgesetz (HAGSchKG) und zur Aufhebung der Verordnung über die Förderung von Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz Abstand zu nehmen und dieses in dem jetzt vorliegenden Entwurf nicht zu beschließen.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke

Ablehnung: CDU, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Keine Kürzung der pauschalen Förderung der Schwangerschaftskonfliktberatung, 101.17.140, wird **zugestimmt**.

Esther Kalveram
Vorsitzende

Andrea Turski
Schriftführerin